

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten =
Association Suisse des Professeurs d'Université

Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten

Band: 29 (2003)

Heft: 4

Artikel: Politikwissenschaft und Politik in der Schweiz

Autor: Linder, Wolf

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-894048>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Es gibt Lehrbücher (für die Schweiz siehe Bussmann et al. 1997) und die Professionalisierung der Evaluation hat sich auch in der Gründung einer eigenen Berufsorganisation niedergeschlagen.

Insgesamt kann man feststellen, dass die Policy-Analyse zu einem selbständigen Bestandteil der Politikwissenschaft geworden ist, der sich sowohl in der Lehre wie auch in der Forschung neben den klassischen Zweigen der Disziplin fest etabliert hat.

Literatur

- Bussmann Werner, Ulrich Klöti, Peter Knoepfel (Hrsg.)* (1997), Einführung in die Politikevaluation. Basel: Helbing & Lichtenhahn.
- Dye Thomas* (1976), Policy Analysis. What Governments Do, Why They Do It, and What Difference It Makes. Tuscaloosa: University of Alabama Press.
- Germann Raimund E.* (1979), Fédéralisme en action: l'aménagement des territoires. Les mesures urgentes à Genève, en Valais et au Tessin. St.-Saphorin: Georgi.
- Kindgon John W.* (1952), Agendas, Alternatives, and Public Policies. New York: Harper Collins.
- Kickert Walter S.M./Erik-Hans Klijn, Joop F.M. Koppenjan (eds.)* (1997), Managing Complex Networks, London: SAGE.
- Lowi Theodore* (1964), American Business, Public Policy, Case Studies, and Political Theory, in: World Politics, 16: 677-693.
- Parsons Wayne* (1995), Public Policy. An Introduction to the Theory and Practice of Policy Analysis. Aldershot: Edward Elgar.
- Sabatier Paul A. (ed.)* (1999), Theories of the Policy Process, Boulder: Westview Press.
- Windhoff-Héritier Adrienne* (1983), Policy Analyse. Frankfurt a.M.: Campus.

Politikwissenschaft und Politik in der Schweiz

Wolf Linder

Wer im innenpolitischen Teil von Tageszeitungen blättert, wird dabei regelmässig auf Informationen stossen, die aus politikwissenschaftlichen Forschungsküchen stammen. Dazu gehören Wahl- und Abstimmungsanalysen, Berichte über die Wirksamkeit politischer Programme genau so wie Kommentare zum politischen Tagesgeschäft. Insofern hat auch die Politikwissenschaft teil an der "Verwissenschaftlichung der Politik".

Das Verhältnis zwischen Politikwissenschaft und Politik war aber bis in die jüngere Zeit nicht unproblematisch. Nichts belegt dies besser als eine Anekdote um den zu früh verstorbenen Raimund Germann, der 1975 eine viel beachtete Habilitationsschrift "Politische Innovation und Verfassungsreform" vorlegte. Dabei behandelte Germann die Frage, welche Institutionen zu verändern wären, falls die Schweiz sich künftig über ein parlamentarisches Mehrheitsystem regieren möchte. Um erfolgreich Mehrheitspolitik betreiben zu können, so die These Germanns, wären unter anderem Volksinitiative und Referendum abzuschwächen, die Volks- gegenüber der Ständekammer zu stärken und die föderalistische Ordnung zugunsten freierer Bundeskompetenzen zu ändern. Der Politologe nahm sich zudem die Freiheit, ein Szenario auszumalen, wie ein solcher Wandel politisch ablaufen könnte. Das war für die angesprochene Elite der Politiker offenbar zu viel. Die Habilitationsschrift, die sich als Diskussionsbeitrag zur damals noch laufenden Totalrevision der Bundesverfassung verstand, wurde als unschweizerischer Angriff auf das Konkordanzsystem bezeichnet, und sein Autor von einflussreichen Politikern zur persona non grata erklärt.

An diesem Beispiel zeigen sich einige Besonderheiten der Politikwissenschaft: Anders als Recht und Geschichte hat die Politikwissenschaft ihren Platz an den Universitäten wie ihre Position zur Politik erst in den letzten drei Jahrzehnten erringen und selbständig gestalten können. Dabei erweist sich Politikwissenschaft nicht selten als widerborstig. Ihre normative Orientierung kann nicht dort halt machen, wo die Politik, wie im Falle von Germann's Ketzerei zur Konkordanz, ihre vermeintlichen Gewissheiten durch Denkverbote absichern will. Und wo Politikwissenschaft mit empirisch-analytischen Mitteln arbeitet, kommt es auch zu Entzauberungen: Institutionen sind nicht das, was wir oder unsere Vorfahren ihnen zugeschrieben haben. Einen typischen Fall dazu bildet der Ständerat. Ist er eine Föderalismus-kammer, wie wir das gemeinhin annehmen? Eine Befragung aller Mitglieder des Parlaments und ein Vergleich mehrerer hundert Vorstösse aus einer Legislaturperiode förderte folgendes zutage: Ständeräte und Ständerätinnen sehen sich tatsächlich als Vertreter ihrer Kantone. Sie haben subjektiv ein anderes Bild ihrer Rolle als die Mitglieder des Nationalrats, die sich erwartungsgemäss als Volksvertreter fühlen. Aber in ihrem Verhalten gleichen Ständeräte den VertreterInnen in der Volksskammer: im Ständerat werden Föderalismusanliegen nicht häufiger und nicht erfolgreicher aufgebracht als im Nationalrat.

Gehen wir den Themen nach, in denen sich Politikwissenschaft besonders dem Dialog mit der Politik stellt, dann lassen sich diese wie folgt gruppieren:

- Aussenpolitik und internationale Beziehungen
- Wahlen und Abstimmungen, direkte Demokratie
- Politik-Analyse und Politik-Evaluation
- Analyse des schweizerische Politiksystems

Aussenpolitik und Internationale Beziehungen

In diesem Bereich findet sich die älteste Forschungstradition schweizerischer Politikwissenschaft. Die Gründe sind einleuchtend: das international ausgerichtete Genf, mit seinem Departement für Politikwissenschaft, aber auch dem Universitätsinstitut für höhere Internationale Studien (IUHEI), war eines der ersten Kompetenzzentren der Politikwissenschaft. Es stand schon früh in einem ständigen Austausch von Know How mit dem EDA. Später kam die ETH dazu, an der sich vor allem die sicherheitspolitischen Forschungsbelange in Kooperation mit dem heutigen VBS entwickelten. Die Politologie sah ihre Aufgabe in mehreren Bereichen:

- *Konzeptionell* ist die schweizerische Aussenpolitik geprägt von einer historischen Konstante der Neutralität, die aber mit dem Ende der bipolaren Welt einer grundlegenden Neuorientierung bedurfte und mit dem Bericht des Bundesrates von 1993 auch mit anderen Zielen ausgestattet wurde. Hier haben politologische Studien versucht, die Kohärenz, die Risiken und Chancen, aber auch die Notwendigkeit einer breiteren politischen Abstützung und Verbreitung der bundesrätlichen Politik herauszuarbeiten.
- In der *Sicherheitspolitik* sind mehrere Forschungspisten erkennbar. Auf der einen Seite gibt es laufende Bemühungen, die politische Akzeptanz von sicherheitspolitischen Konzepten, von Armee und Wehrbereitschaft systematisch zu analysieren. Auf der andern Seite waren auch schweizerische Politologen über die Zeit des Kalten Kriegs hinaus fasziniert von den Modellspielen um gewaltsame zwischenstaatliche Auseinandersetzungen.
- In den Neunzigerjahren standen naturgemäss die Fragen der *europäischen Integration* im Vordergrund. Eine ganze Reihe von Untersuchungen befasste sich mit jenen institutionellen Fragen, die auch in der politischen Auseinandersetzung hohe Wellen warfen: Könnte die Schweiz ihre direkte Demokratie, ihren Föderalismus, ihre Kollegialregierung beibehalten im Falle eines Beitritts zum EWR oder zur EU? Daneben hat es natürlich auch nicht an Versuchen gefehlt, zu einer Gesamtbeurteilung aus politologischer Sicht zu kommen, wie etwa Dieter Freiburghaus in seinem nachdenklichen Buch "Wohin des Wegs, Europa?"
- Während die EU-Beitrittsfrage in weite Ferne gerückt ist, ist die *Aussenwirtschaftspolitik* in voller Bewegung. Als Land mit einem hohen Aussenhandelsanteil hat die Schweiz mit den WTO-Abkommen bedeutsame Öffnungen selbst in der Landwirtschaft vollzogen und in bilateralen Verhandlungen Ersatz für die abgelehnte EWR-Ordnung gesucht.

Angesichts der traditionell starken protektionistischen Kräfte konnte ein solches Ergebnis nicht unbedingt erwartet werden. Politologische Studien weisen nun auf das interessante Moment hin, dass sich mit der weltwirtschaftlichen Liberalisierung auch die relative Stärke innenpolitischer Akteure ändern kann.

Wahlen und Abstimmungen, Direkte Demokratie

Die VOX-Analysen: seit 1977 werden die schweizerischen Volksabstimmungen regelmässig durch eine repräsentative Befragung untersucht. Dabei geht es um folgende Fragen: Wer geht überhaupt an die Urne (sozio-demographische Zusammensetzung der Wählerschaft und ihre politischen Merkmale)? Welche Werte, Motive und Einstellungen beeinflussen den Sachentscheid der Stimmenden, und welche Argumente waren wirksam in der Abstimmungskampagne? Die "Durchleuchtung" der Stimmbürgerschaft mit Mitteln der Demoskopie stiess anfänglich auf Widerstand: der Wille der Stimmbürgerschaft sei hinzunehmen, wie er sei, und daran sei nicht herum zu deuteln. Die Aufregung hat sich längst gelegt. Dank der Nachbefragungen der VOX wissen wir z.B., dass das politische Interesse bestimmend ist für den Umstand, ob jemand regelmässig, selten oder nie zur Abstimmung geht. Bürgerinnen und Bürgerinnen entscheiden vernünftig, d.h. im Einklang mit ihren eigenen Werten und Interessen - aber nicht selten werden sie überfordert durch komplexe Vorlagen, die sie nicht durchschauen. Das schlägt auch auf die Partizipation zurück: insbesondere Angehörige unterer Schichten bleiben nicht zuletzt der Urne fern, weil sie sich den eigenen Entscheid nicht zutrauen. Direkte Demokratie hat also, nach Befunden der VOX, auch den Beigeschmack einer Mittelschichtsdemokratie.

Während die Abstimmungsforschung seit über 25 Jahren durch öffentliche wie private Gelder, sowie auf Basis der Partnerschaft eines Meinungsforschungs- und dreier Universitätsinstitute gesichert werden konnte, war die Wahlforschung lange das Stiefkind politologischer Forschung. Das hat sich inzwischen geändert: Unter dem Namen "Selects" (Swiss Electoral Studies) betreiben die politikwissenschaftlichen Institute Berns, Genfs und Zürichs seit 1995 gemeinsam eine Wahlforschung, die den internationalen Standards entsprechen will. Sie ist, als Grundlagenforschung vor allem vom Nationalfonds finanziert, akademischer und theoretischer angelegt als die Abstimmungsforschung, und sie zielt nicht zuletzt auf Grundfragen politischen Verhaltens: Wie weit entscheiden Wählerinnen und Wähler individualistisch/autonom oder eingebunden in ihr Milieu und ihre soziale Umwelt? Und wie weit spielen im Wahlentscheid ökonomische Interessen eine Rolle gegenüber ideellen Werten und Vorlieben? Diese Grundfragen zum "homo politicus" stellen sich ständig neu. "Selects" wird sich aber auch aktuellen Entwicklungen befassen, etwa mit der Beschreibung und Erklärung des jüngsten, aussergewöhnlichen Wahlsiegs der SVP.

Vielleicht weniger spektakulär, aber ebenso wichtig sind die Beiträge der Politikwissenschaft zu den institutionellen Fragen direkter Demokratie. Hat die Schweizerin, die ein Maximum an Abstimmungsdemokratie geniesst, effektiv mehr Einfluss als die Britin? Die Frage ist offen: zwar kann die Britin nie abstimmen, vermag indessen mit der Wahl zwischen Labour und Conservatives sehr viel mehr bewirken als die Schweizerin mit dem Entscheid zwischen SP und SVP. Gefordert war die Politikwissenschaft auch durch praktisch-politische Probleme der direkten Demokratie: was sind die Folgen der Globalisierung auf die direkte Demokratie? Kann direkte Demokratie in der zunehmenden Verflechtung von Innen- und Aussenpolitik noch sinnvoll praktiziert werden? Was sind die Risiken der Erweiterung des Staatsvertragsreferendums? Sind Bewohner in Kantonen mit mehr Volksrechten wirklich glücklicher, wie das einige ökonomische Studien suggerieren? Das sind komplexe Fragen, Bewertungen, die wohl zu einem erheblichen Teil von Grundauffassungen zur direkten Demokratie abhängen. Auch unter Politologen sind darum eher enthusiastische und eher skeptische Stimmen zu vernehmen.

Politik-Analyse und Politik-Evaluation

Während langer Zeit konzentrierte sich das Interesse in der Politik-Analyse auf das Zustandekommen parlamentarischer und exekutiver Entscheide zu bestimmten Sachpolitiken. Also beispielsweise in der Energiepolitik: was war der Auslöser dafür, dass die Kernenergie, in der Schweiz früh installiert, plötzlich breiten politischen Widerstand erfuhr, der bis zum Abbruch des Projekts Kaiseraugst und zum Verzicht auf den Bau weiterer Werke führte? Wie reagierten die Interessengruppen, die politischen Parteien und die Parlamentsfraktionen auf die verschiedenen Volksinitiativen und den Protest von unten, der sich in der Besetzung des Baugeländes von Kaiseraugst Luft verschaffte?

Was waren schliesslich die Folgen der durchgehenden Spaltung von Volk, Parlament und Regierung in den 80er Jahren, die zu einem sog. "Moratorium" führte, dem Aussetzen aller Entscheidungen zur Kernenergie in den 90er Jahren? Solcher Studien gibt es viele; sie berühren praktisch das ganze Panorama schweizerischer Politik. Hier ist auch auf eine einzigartige Dienstleistung hinzuweisen: am Berner Institut für Politikwissenschaft wird seit 1965 eine jährliche Chronik zur schweizerischen Politik zusammengetragen. Die "Année politique" stützt sich auf die Auswertung von jährlich etwa 60'000 Zeitungsartikeln und amtlichen Quellen. Sie wird als Nachschlagewerk in Verwaltung und von Journalisten geschätzt, dient aber gleichermassen als Erstreferenz für Forschende, die an der Schnittstelle zwischen Zeitgeschichte und Politikwissenschaft arbeiten. Bestanden Politikanalysen früher typischerweise aus Einzelfallstudien, wird heute vermehrt auch international oder interkantonal vergleichend gearbeitet. Das hat mit zwei Dingen zu tun: Einerseits ist dies Ausdruck einer Öffnung der schweizerischen Politikwissenschaft, die sich heute bedeutend europäischer und internationaler versteht als vor zwanzig Jahren. Andererseits erweitert die vergleichende Methode die Reichweite der Analyse: neben der Beschreibung des Einzelfalls wird es im Vergleich möglich, über Gemeinsamkeiten und Unterschiede hinaus auch Hypothesen, also postulierte Regelmässigkeiten, systematisch zu überprüfen.

In den letzten 20 Jahren hat die *Politik-Evaluation* einen starken Aufschwung erlebt. Politik-Evaluation beschäftigt sich mit der Frage, ob und wie Politikentscheide des Parlaments oder der Regierung auch tatsächlich umgesetzt werden. Die Frage scheint banal, ist es aber keineswegs: Einzelne Politikprogramme werden eifrig und konsequent, andere höchst widerwillig, und einzelne schliesslich überhaupt nicht umgesetzt. Das hängt nicht mit Schlamperei zusammen, sondern mit dem Umstand, dass die Politik mit der Verabschiedung eines Gesetzes nicht aufhört, sondern oft erst richtig beginnt: im Vollzug stehen sich Akteure unterschiedlicher Stärke mit gegensätzlichen Interessen gegenüber. Sie haben unterschiedliche Auffassungen über den Vollzug einer Politik und spielen dabei ihre Macht als Kooperationspartner der Verwaltung aus. Illustrativ dazu ist Art. 78 Abs. 5 der Bundesverfassung: "Moore und Moorlandschaften von besonderer Schönheit und gesamtschweizerischer Bedeutung sind geschützt. Es dürfen darin weder Anlagen gebaut noch Bodenveränderungen vorgenommen werden"... Der Zusatz entspricht einer Volksinitiative, welche 1987 von der Opposition gegen den Bau des Waffenplatzes Rothenturm ergriffen und zur grossen Überraschung von Volk und Ständen angenommen wurde. Zehn und fünfzehn Jahre später stellten Naturschutzkreise ernüchert fest, dass der Verfassungsartikel toter Buchstabe geblieben war. Eine wichtige Erklärung dafür liegt darin, dass es den Initianten zwar temporär gelungen war, erfolgreich für eine Volksabstimmung zu mobilisieren, dass aber die Organisationskraft im Vollzug zu gering war, um dauerhaft gegen die eingespielten Tourismus- und lokalen Entwicklungsinteressen anzutreten.

Vollzugsforschung und Politikevaluation entwickelten sich in der Schweiz sowohl wissenschaftsorientiert (in diversen Nationalen Programmen des Schweizerischen Nationalfonds) wie auch praxisorientiert (der ständig wachsenden Nachfrage öffentlicher Stellen folgend). Wissenschaftliche Methodik, theoretische Ansätze, aber auch Fragen der Berufsethik entwickelten sich in der Schweiz ebenso rasant wie im Ausland. Das grosse Interesse vieler Behörden ist leicht erklärlich: Verwaltungsstellen stehen unter Legitimationszwang. Politiker möchten wissen, ob Luftreinhalte-Massnahmen tatsächlich so wirksam sind, wie bei ihrem Erlass versprochen. Sie möchten Auskunft darüber, ob Kampagnen gegen Aids bei den wichtigen Risikogruppen auch ankommen, ob die grobe Überprüfung aller kantonalen Subventionen tatsächlich zu Einsparungen führt, oder was die politischen Gründe für das Ost-West-Gefälle der kantonalen Gesundheitskosten- und Ausgaben sind. Das sind komplexe, anspruchsvolle Fragestellungen. Erfolg und Misserfolg politischer Massnahmen hängen von einer Vielzahl technischer, wirtschaftlicher, sozialer, psychologischen und politischen Faktoren ab. Gute Politikevaluation ist deshalb in der Regel auf den Beizug mehrerer Disziplinen, und auf den guten Mix von Methoden qualitativer und quantitativer Art angewiesen.

Analysen des schweizerischen Politiksystems

Wer das neue Handbuch zum Politischen System Schweiz von 1999 mit demjenigen aus den achtziger Jahren vergleicht, wird eine erfreuliche Entwicklung des Forschungsstandes feststellen. Deskriptiv ergiebige, zum Teil hervorragend dokumentierte Analysen sind heute zu allen Bereichen des schweizerischen Politiksystems verfügbar:

über die Akteure und Entscheidungsprozesse der Regierung, des Parlaments, der Parteien, der Verbände und Interessengruppen, über die Institutionen des Föderalismus, der direkten Demokratie, der Konkordanz, über die Entwicklung der wichtigsten Politikbereiche, sowie über die kulturellen, sozialstrukturellen oder wirtschaftlichen Grundlagen des schweizerischen Systems. Hinzu kommen aber auch Monographien zum schweizerischen Politiksystem. Auch in internationalen Sammelbänden fehlen die Beiträge zur Schweiz nicht mehr.

In solchen Darstellungen schimmern stets die drei Dimensionen durch, die das Genuine von "Politik" und politologischer Analyse ausmachen. Als erstes zu nennen ist die "polity", also Verfassung und Systemstruktur, als zweites die "policies", die Programme politischen Handelns, und als drittes die "politics", nämlich die konflikthafte Auseinandersetzung um gegensätzliche Interessen und Werte. Alle drei zusammen - Strukturen, Programme, konflikthafte Auseinandersetzungen - machen also aus, was im Deutschen mit dem einzigen Wort "Politik" bezeichnet wird. Weil sie "Regeln" und "Spiele" gleichzeitig analysiert, hat politikwissenschaftliche Analyse viele Entdeckungen zu Zusammenhängen im schweizerischen System gemacht, die Nachbardisziplinen - etwa des Rechts, der Geschichte oder der Wirtschaft - nicht aufgefallen waren. Dazu gehört etwa Leonhard Neidhart's frühe Entdeckung, dass die eigentlich entscheidungsträchtige Funktion des Referendums weniger im Abstimmungsfall als in all den übrigen Fällen liegt, in denen es als Verhandlungspfand beansprucht wird. Dieser Prozess beginnt sofort nach seiner Einführung 1874, eröffnet den Minderheiten Vetomacht und führt zur ganzen Umgestaltung des schweizerischen Systems zur heutigen Konkordanz.

Was aber nun zeichnet *das schweizerische System im internationalen Vergleich* aus? Die Stichworte haben nichts Geheimnisvolles und sind aus jedem Kurs politischer Bildung bekannt: Föderalismus, direkte Demokratie, Konkordanz als Strukturelemente, politischer Ausgleich, hohe Integrations- bei geringerer Innovationsfähigkeit sowie politische Stabilität als Verhaltenselemente. In der Bewertung dieser Eigenschaften freilich sind sich nicht nur Politikerinnen, sondern auch Politologen häufig uneinig. So gab es zu Beginn der Neunziger Jahre eine Reihe von Politologen, die eine erhöhte Innovationsfähigkeit des Politiksystems, auch die "Europafähigkeit" schweizerischer Institutionen verlangten. Eines hatten diese Politologen den Politikern freilich voraus. Sie zeigten, dass vermehrte Innovation nicht einfach durch Aufkündigung der Konkordanz und eine "homogene Regierung" zu erreichen ist, sondern die Zurückdrängung weiterer Vetopunkte - etwa des Referendums und des Verbandseinflusses - erfordert. Damit ist vielleicht auch die Stärke politologischer Analyse angedeutet: sie hat gängigen normativen Beurteilungen oft wenig Neues beizufügen, zeichnet sich aber durch das Transparent-Machen von Zusammenhängen und Konsequenzen aus. Das bedeutet oft auch eine gewisse Nüchternheit, nämlich: aufzeigen, was man nicht gleichzeitig haben kann.

Eigenartig mutet an, wie stark noch im landläufigen Bewusstsein das Gefühl der Einzigartigkeit der *schweizerischen Konkordanz* noch verwurzelt ist. Dabei hat schon die frühe, europäisch-vergleichende Politikforschung gezeigt, dass "Konkordanz" im Sinne proportionaler Machtbeteiligung und Entscheidung durch Kompromiss kein schweizerischer Sonderfall ist, sondern in der frühen Nachkriegszeit ein gemeinsames Element der Niederlande, Belgiens, Österreichs und der Schweiz. Arend Lijphart zeigt, dass dahinter ein eigentliches Gegenmodell zur angelsächsischen Mehrheitsdemokratie steckt: das Modell des "Power Sharing" oder der "Consensus Democracy". Diesem Modell wird von Lijphart ein entscheidender Vorteil zugeschrieben: es berücksichtigt Minderheiten besser als die Mehrheitsdemokratie. Von Consensus Democracy ist daher eine bessere Lösung von Konflikten in multikulturellen Gesellschaften zu erwarten. Elemente der Consensus Democracy finden sich heute weltweit, in Ländern wie Südafrika und Nordirland, und auch in Grossgesellschaften wie Indien.

Zwar ist die Schweiz, wie jedes Land, einzigartig. Sie ist aber auch, wie jedes andere Land, vergleichbar mit andern. Die schweizerischen Institutionen der Machtteilung und des Föderalismus begegnen in den "Governance Programmen" der Dritten Welt wachsender Aufmerksamkeit und wachsendem Interesse. Das verdankt unser Land sicherlich auch seiner einzigartigen Geschichte der politischen Integration sprachlicher und konfessioneller Minderheiten zur modernen Gesellschaft. Ebenso verdanken wir dies aber dem Umstand, dass ein Forscher wie Lijphart ein Leben lang an der Analyse und Dokumentation einer politologischen Regelmässigkeit gearbeitet hat, an die er felsenfest glaubte, und die in der weltweiten Demokratieentwicklung von heute bedeutsam ist: Politische Machtteilung ist ein valables Gegenmodell zur Mehrheitsdemokratie und bietet bessere Chancen zur Integration kulturell segmentierter Gesellschaften.

Quellennachweise:

Année Politique/Schweizerische Politik im Jahre.... Institut für Politikwissenschaft, Bern, 1965ff

Freiburghaus, Dieter, *Wohin des Wegs, Europa?*, Haupt, Bern 2000

Germann, Raimund. *Politische Innovation und Verfassungsreform*. Haupt, Bern 1975

Lijphart, Arend. *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, Yale University Press, New Haven/London 1999

Klöti Ulrich/ Knoepfel Peter/ Kriesi Hanspeter/ Linder Wolf/ Papadopoulos Ioannis. *Handbuch der Schweizer Politik*. NZZ-Verlag: Zürich 1999

Linder, Wolf. *Swiss Democracy. Possible Solutions to Conflict in Multicultural Societies*. Macmillan/St. Martins, London/New York, 1998 (2)

Neidhart, Leonhard. *Plebiszit und pluralitäre Demokratie*. Francke, Bern, 1970
Selects. Schweizer Wahlen. Paul Haupt Verlag, Bern, 1997ff

VOX-Analysen. *Nachbefragungen zu eidgenössischen Volksabstimmungen*. Gesellschaft für praktische Sozialforschung (GfS), Zürich, sowie Politikwissenschaftliche Institute der Universitäten Bern, Genf und Zürich, 1977ff

Nachtrag zum Thema des letzten Heftes

Reform durch Expansion - Zum Wandel des Gymnasiums und seines Verhältnisses zur Universität seit 1960¹⁾

Lucien Criblez

"Volksschule oder Selektionsschule?" - so umschrieb ein bildungspolitisches Gremium 1964 die alternativen Entwicklungsperspektiven für das Gymnasium in der Schweiz und deutete mit der Fortsetzung der Argumentation die eigene Haltung zu dieser Frage an: Der Nachholbedarf an wissenschaftlichem und technischem Nachwuchs in der Schweiz sei nur aufzuholen, wenn sich "unsere Mittel- und Hochschulen in den Dienst der grossen Zahl stellen und neue Wege in der Schulpolitik" beschreiten (Erziehungsrat, 1964, S. 99). Dieses bildungspolitische Gremium war der Zürcher Erziehungsrat, Frage und Zitat stammen aus dessen Bericht "Aktuelle Mittelschulfragen".

Wie kam der Zürcher Erziehungsrat zu einer solchen Frage? Wie kam er zu seiner Forderung nach der "grossen Zahl" für das Gymnasium, das bis zu diesem Zeitpunkt nur einen sehr kleinen Anteil eines Schülerjahrganges rekrutiert hatte? Wurde diese Forderung durch die darauf folgenden Entwicklungen eingelöst? Und: Welche Folgen sind mit diesen Entwicklungen heute für das Gymnasium und dessen Verhältnis zur Universität bzw. zu den Hochschulen verbunden?

Die These, die im Titel angekündigt ist, geht davon aus, dass die wichtigste Reform des Gymnasiums in der Schweiz seine Expansion ist: mehr Schülerinnen und Schüler, mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr Schulen, mehr Maturitätszeugnisse; in der Konsequenz: mehr Studienanfängerinnen und Studienanfänger. Dieses Mengenwachstum war begleitet von einem institutionellen Wandel des Gymnasiums, der "dem Muster von Differenzierung und Integration" folgte (Titze, 1999, S. 116). Resultat dieser und weiterer Entwicklungen ist ein grundlegender Wandel der Funktion des Gymnasiums seit 1960, ohne dass aber bildungspolitisch diese Funktion innerhalb des Bildungssystems jemals neu definiert worden wäre.

Die eingangs erwähnte Frage des Zürcher Erziehungsrates wurde bildungspolitisch gerade *nicht* entschieden, so dass das Gymnasium heute weder Selektionsschule geblieben noch Volksschule geworden ist.